

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Doris Rauscher

Abg. Manuel Knoll

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Julia Post

Staatsministerin Ulrike Scharf

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u. a. (SPD)

Für Bayerns Kitas II - Einrichtung eines Sonderinvestitionsprogramms für den Ausbau qualitativ hochwertiger Bildungs- und Betreuungsangebote

(Drs. 19/3676)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, erlauben Sie mir vorab eine Anmerkung: Bei allen unseren Beiträgen reden wir nicht die Fachkräfte und ihr großes Bemühen in ihrer täglichen Arbeit schlecht, sondern wenn, dann die Politik der Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

So werden wir auch weiterhin Anträge zum Thema Kindertagesbetreuung einbringen. Wie schön, dass wir gleich einen zweiten Hochzieher haben, der bereits im Haushaltsausschuss behandelt wurde. Da wir dieses Thema so wichtig finden, erlauben wir uns hin und wieder, die Möglichkeit des Instruments eines Hochziehers zu nutzen, so heute mit diesen Kitaanträgen.

In dem jetzigen Antrag geht es um einen Platz für jedes Kind. Dieses Versprechen haben wir vor über zehn Jahren gegeben – ein Versprechen, das dann zum Rechtsanspruch wurde. Doch für noch immer zu viele Familien in Bayern bleibt dieses Recht ein leeres Versprechen. Jeden Tag werden Hoffnungen enttäuscht, wenn Eltern nach manchmal monatelanger Suche nach einem Kitaplatz erfahren: Es gibt keinen Platz für Ihr Kind. – Diese bitteren Worte hören Familien quer durch unseren Freistaat.

Die Zahlen sind alarmierend und eigentlich beschämend zugleich. Annähernd 70.000 Kitaplätze fehlen uns in Bayern. Das heißt, 70.000 Kinder in Bayern, die nicht in eine Kita gehen können. Das heißt im Grunde auch, annähernd so viele Familien – Geschwisterkinder abgezogen –, die nicht so arbeiten können, wie sie es möchten, und somit auch dem Arbeitsmarkt fehlen. Dieser massive Mangel steht gerade einem wohlhabenden Bundesland wie Bayern doch wirklich schlecht an.

(Beifall bei der SPD)

42 % der Eltern in Bayern – es ist manchmal interessant, sich mit Zahlen zu befassen – mit einem Kind unter drei Jahren wünschen sich einen Betreuungsplatz für ihr Kind, aber nur 31 % bekommen einen. 98 % der Eltern mit einem Kind über drei Jahren wünschen sich einen Kindergartenplatz, aber nur ungefähr 91 % können sich zu den Glücklichen rechnen. Während andere Bundesländer, die noch vor Jahren hinter uns lagen, aufgeholt haben, bleibt Bayern statistisch betrachtet weiterhin etwas zurück. Das sollte uns zu denken geben.

Ich stand, seit ich Abgeordnete bin, schon sehr oft an diesem Pult. Wir haben schon sehr oft genau über diese Thematik gesprochen. Manchmal denke ich mir: Irgendwann werden die Worte schon fruchten. Langsam habe ich tatsächlich das Gefühl, wenigstens nicht mehr gegen eine Wand von Ignoranz zu rennen.

Wir haben seit 2019 das Bündnis für frühkindliche Bildung, das eine ganze Reihe von Vorschlägen eingebracht hat. Übrigens war ich schon im Landtag, bevor das Bündnis kam, weil Sie vorhin meinten, wir hätten nur vom Bündnis abgeschrieben. Dazu würde ich sagen, das entspricht nicht der Wahrheit. Viele dieser Vorschläge wurden auch schon vor 2019 von mir eingebracht.

Nun haben Sie im Koalitionsvertrag festgehalten – durchaus ein ehrgeiziges Ziel –, die Plätze weiter auszubauen, bis 2028 auf ungefähr 180.000 Plätze insgesamt, davon ungefähr 50.000 für Kinder unter sechs Jahren. Das ist auch gut so. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es ist doch nicht in Ordnung, die damit verbundene Belastung

durch die Finanzierung nach unten durchzudrücken. Sollen die Kommunen die Ziele der Staatsregierung aus ihren Kassen verwirklichen? Wohl kaum.

Auch der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindetag haben mittlerweile sehr deutlich gemacht, dass die bisherige reguläre Finanzierung für den Kitausbau nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz vielfach nicht ausreicht. Es fehlt schlichtweg an Geld. Deswegen bitten wir auch heute nochmals um die Unterstützung des Antrags für ein Sonderinvestitionsprogramm zum Ausbau der Kitas.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Nächster Redner ist Herr Kollege Manuel Knoll für die CSU-Fraktion.

Manuel Knoll (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, wert Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein Familienland. Kein anderes Bundesland hat so viele Landesmittel in den Bau von Betreuungseinrichtungen für Kinder bis zur Einschulung investiert wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben uns der Mammutaufgabe des Ausbaus von Betreuungsplätzen erfolgreich gestellt. Von 2008 bis 2021 wurden sage und schreibe 1,9 Milliarden Euro, davon 1,2 Milliarden Euro Landesgeld, für 140.588 neue Plätze im Altersbereich von Kindern unter sechs Jahren zur Verfügung gestellt, liebe Frau Kollegin Rauscher.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Diese Investitionen sind richtig und wichtig. Wir brauchen für unsere Kinder eine sehr gute Betreuung; denn sie sind unsere Zukunft. Die hohen Investitionen sind auch deshalb wichtig, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. Fehlende Betreuungsmöglichkeiten dürfen kein Hindernis sein, das bedeutet, dass

junge erwerbsfähige Mütter oder Väter zu Hause bleiben müssen, obwohl sie lieber berufstätig sein wollen.

Ich bin Staatsministerin Ulrike Scharf und ihren Vorgängern sowie den Sozialpolitikern der CSU und auch Thomas Huber sehr dankbar für ihren jahrelangen Einsatz für eine gute, flächendeckende Kinderbetreuung in Bayern. In den vergangenen Jahren wurde viel erreicht. Allein wenn ich in meinen Stimmkreis blicke – ich bin dort öfter auch in Kindertagesstätten unterwegs und besuche sie –, kann ich feststellen, dass nahezu jede Kommune ihre Kindertagesstätte entweder umgebaut oder eine neue gebaut hat. In den letzten Jahren ist wahnsinnig viel in diesem Bereich entstanden.

Fest steht aber auch: Wir als Freistaat können den Bau von Kitas nur begleiten und unterstützen. Die Bereitstellung von Betreuungsplätzen ist originäre Aufgabe von Kommunen, die der Freistaat bei dieser Pflichtaufgabe mit erheblichen Mitteln, beispielsweise mit den Förderungen im Rahmen des BayKiBiG, unterstützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, auch Sie kennen unsere aktuelle Haushaltssituation. Sie wissen sehr wohl, dass dort kein Handlungsspielraum für weitere Ausgaben oder kostenwirksame Leistungen ist. Auf Bundesebene wurde von Ihren Kollegen in der damaligen Ampelkoalition ein Investitionsprogramm zum Ausbau der Kitas angekündigt, das leider nie in Kraft getreten ist.

In einem Punkt gebe ich Ihnen jedoch recht: Unsere Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Die bundesweite Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter bereitet vielen Bürgermeistern und Kommunalpolitikern großes Kopfzerbrechen. Das wird mir auch immer wieder in Gesprächen mit den Bürgermeistern in meinem Stimmkreis vor Ort widergespiegelt. Viele wissen nicht, wie sie die Bundesvorgaben bis 2026 bewerkstelligen sollen. Wir wollen unsere Kommunen trotz der angespannten Haushaltslage nicht im Stich lassen. Deshalb fördert der Freistaat seit 2023 zusätzlich zur Förderung durch das FAG den Ausbau von Ganztagsplätzen für Kinder im Grundschulalter mit einer Pauschale von 6.000 Euro

pro geschaffenem Platz. Es gibt also bereits ein Sonderinvestitionsprogramm, das vor allem im dringlichen Bereich des Ganztagsanspruchs greift.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, in Ihrem Antrag haben Sie auf die Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2023 verwiesen. Ich habe mir die Studie näher angeschaut und konnte feststellen, dass dort vor allem auch auf die Fachkräftesituation verwiesen wird. Gerade die wirtschaftlich starken Regionen, wie das Münchner Umland, haben einen höheren Bedarf an Kitaplätzen als strukturschwächere Regionen in Bayern, was ja auch logisch ist, weil dort der Zuzug größer und auch die Konkurrenz um Fachkräfte noch stärker ausgeprägt ist. Dass die Stadt München ihrem Personal eine besondere Zulage zahlt, hat sicherlich nicht zur Entspannung der Personalsituation bei privaten, sozial schwächeren Trägern und auch im Münchner Umland beigetragen. Das sei an dieser Stelle auch kurz erwähnt.

Neue Einrichtungen zu bauen, ist also das eine. Das andere ist, dass es auch Erzieherinnen und Erzieher, Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger braucht, die diese Kitas dann mit Leben erfüllen. Deshalb dürfen wir beides nicht aus dem Blick verlieren und müssen im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten klug priorisieren. Es war auch richtig, dass die Staatsregierung seit 2023 jeden Platz der Ganztagsbetreuung mit 6.000 Euro fördert und dadurch die Kommunen weiter unterstützt.

Nachdem der Antrag der SPD auf den Ergebnissen der Bertelsmann-Studie basiert, möchte ich noch eines sagen: Wir haben in Bayern jährlich einen Wanderungssaldo von fast 100.000 Bürgerinnen und Bürgern mehr, die in unserem Freistaat leben wollen. Das ist eine Zahl, die fast so groß ist wie die Einwohnerzahl von Erlangen. Wir freuen uns darüber, weil es zeigt, dass die Menschen gerne aus anderen Bundesländern nach Bayern ziehen. Dieser Zuzug ist logischerweise aber auch mit Herausforderungen verbunden, die andere Bundesländer nicht gleichermaßen haben. Wir müssen eben auch Infrastruktur für diese 100.000 Menschen schaffen, und darunter sind auch viele Menschen, zahlreiche Familien, die ein Betreuungsangebot brauchen. Trotz dieser großen Herausforderung schneidet der Freistaat in der von Ihnen zitierten

Studie besser ab als manches SPD-geführte Bundesland, wie beispielsweise Bremen, Rheinland-Pfalz oder das Saarland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Herkulesaufgabe eines flächendeckenden Betreuungsangebots lassen wir unsere Kommunen nicht im Stich. Bayern steht an der Seite der Kommunen wie kein anderes Bundesland. Rund jeder dritte Euro des bayerischen Staatshaushalts geht an unsere Kommunen. Auch deshalb ist die Investitionsquote in bayerischen Kommunen um 50 % höher als in anderen Flächenbundesländern. Diese Solidarität gilt auch bei der Finanzierung der Kitas.

Ein Sonderinvestitionsprogramm, wie es hier gefordert wird, ist aufgrund der aktuellen Haushaltslage nicht darstellbar. Deshalb bitte ich um Ablehnung des Antrags.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Atzinger für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Multorum opera res turbantur. –Viele Köche verderben den Brei. – So ist es auch bei diesem Antrag der SPD-Fraktion. Denn es gibt schon genug Bildungs- und Betreuungsangebote für Vorschulkinder in Bayern. Durch ein Sonderinvestitionsprogramm soll mehr Geld für deren Ausbau zur Verfügung gestellt werden, was noch mehr neue Schulden bedeuten würde, die die Kinder später mit ihren Steuern abbezahlen müssen.

Aber wir wissen ja: Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Sozi sparen würde. Nach dem Motto: Es ist ja nicht mein Geld, das hier verplempert wird. Dafür aber würden Stellen für Pädagogen und Soziologen geschaffen, die dann schon aus Dankbarkeit rot-grün wählen.

Ja, jedes Kind in Bayern sollte einen gesicherten und einfachen Zugang zu guter frühkindlicher Bildung und Betreuung haben; unabhängig vom Wohnort, dem sozio-ökonomischen Hintergrund oder von kultureller Herkunft. Aber gerade Letztere ist ein unlösbares Problem. Denn nach Deutschland wandern vor allem bildungsferne Menschen ein, die auch mit Bürgergeld ein recht auskömmliches Leben führen können. Verursacht durch das schlechte Vorbild der Eltern fehlt es den Kindern häufig an jeglicher Motivation für Bildung.

(Beifall bei der AfD)

Ja, das Vorhandensein guter Betreuungskräfte ist notwendig, damit gut ausgebildete Fachkräfte nach Deutschland kommen. Doch diese machen inzwischen einen weiten Bogen um unser Land. Die innere Sicherheit ist durch unzählige Anschläge gefährdet wie seit Zeiten der RAF nicht mehr. Die Sozialausgaben kennen nur eine Richtung, nämlich steil nach oben, und die geplanten sogenannten Sondervermögen werden gravierende Auswirkungen haben. Die Inflation wird zurückkommen und dem Euro den Todesstoß versetzen.

Kinder müssen auch schon vor ihrer Schulzeit an den Leistungsgedanken herangeführt werden. Bei der Reise nach Jerusalem darf es nicht länger 14 Plätze für 11 Kinder geben. Kinder dürfen nicht in Watte gepackt werden. Ansonsten gefährden wir nicht nur deren psychische Gesundheit, sondern auch die Zukunft unserer Volkswirtschaft. Kinder müssen lernen, sich durchzubeißen; denn das Leben ist kein Ponyhof.

Übermäßige Betreuung führt dazu, dass jede Schwierigkeit sofort abgefedert wird. Die Argumentation, dass zusätzliche Kinderbetreuungseinrichtungen oder Programme helfen könnten, Defizite auszugleichen, ist falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Mehr Betreuung bedeutet nur mehr Überwachung und weniger Raum für Kinder, sich selbst auszuprobieren und eigene Erfahrungen zu machen. Kinder müssen lernen, Konflikte selbst zu lösen. Wenn wir ihnen ständig neue Betreuungsangebote machen, wird dieser natürliche Lernprozess gestört. Zusätzliche Betreuungsangebote führen dazu,

dass Kinder nicht mehr die notwendigen sozialen Kompetenzen entwickeln. Damit würden wir es den Kindern nur noch schwerer machen, sich später im Leben zurechtzufinden.

Statt blind mehr Geld auszugeben, sollten wir uns daher fragen, wie die bereits vorhandenen Mittel wirkungsvoll genutzt werden können. Viele Kommunen beklagen Bürokratiehürden und komplizierte Vergabeverfahren. Bevor wir neue Mittel bereitstellen, müssen wir dafür sorgen, dass die bestehenden effizient eingesetzt werden. Was wir brauchen, sind gezielte Maßnahmen und ein flexibles Finanzierungsmodell, ohne diese an starre Programme zu binden.

Investitionen in die Bildung sind uns sehr wichtig. Doch dieser Antrag ist keine überzeugende Lösung, sondern ein unausgereifter Schnellschuss, der langfristig mehr Probleme schaffen als lösen würde. Wir sollten stattdessen eine durchdachte Reform des Kitasystems anstreben, die Flexibilität, Effizienz und finanzielle Verantwortung miteinander vereint. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast bin ich geneigt, zu meinem Vorredner zu sagen: "Si tacuisses, philosophus mansisses." Aber ich glaube, so viel Bedeutung muss man dieser Rede gar nicht beimessen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Michael Hofmann (CSU): Vor allem ist er kein Philosoph!)

Ja, die frühkindliche Bildung ist wichtig. Deswegen haben die Regierungsfractionen und die Staatsregierung in diesem Feld auch sehr viel getan. Der Kollege Knoll hat es ausgeführt. Ich brauche es nicht zu wiederholen.

An dieser Stelle möchte ich aber gerade an die Adresse des künftigen Koalitionspartners der Union in Berlin schon sagen: Dieser Antrag ist vor dem Hintergrund dessen, was wir heute in der Aktuellen Stunde besprochen haben, steil. Wir haben uns in der Aktuellen Stunde darüber Gedanken gemacht, wie wir in einer mehr als herausfordernden Zeit mit begrenzten finanziellen Ressourcen das Maximale für unser Staatswesen, für Sicherheit und Verteidigung, für Infrastruktur etc. herausholen. Da gibt es unterschiedliche Meinungen. Das ist in einer Demokratie völlig in Ordnung.

Die SPD packt jedoch unter den Begriff "Investition" alles, was den Sozialbereich betrifft. Wir haben ein anderes Verständnis von Investition. Ursprünglich wurde mal darüber diskutiert, Investitionen in die Infrastruktur als Ausnahme von der Schuldenbremse einzuordnen. Ehrlicherweise entspricht das nicht dem, was die SPD vorlegt. Wenn Sie von den Sozialdemokraten den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, also die Sozialpolitik, als Teil von Investitionen begreifen, dann haben wir überhaupt keinen limitierenden Faktor mehr. Dann können Sie so gut wie alles unter diese Klausel subsumieren. Die Politik, die wir betreiben – der eine mit der Akzentuierung, der andere mit jener Akzentuierung –, dient doch ganz überwiegend dem sozialen Zusammenhalt und dem Funktionieren der Gesellschaft. Worin liegt bei Ihnen dann noch die Unterscheidung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben? So sehr ich Sympathie dafür habe, in den Bereich frühkindliche Bildung Geld zu geben, sollten wir diese Unterscheidung nicht einkassieren und die Grenzen verwischen.

Natürlich steht es Ihnen frei, in den Haushaltsverhandlungen und Haushaltberatungen, die derzeit stattfinden, noch mehr Geld für den Sozialbereich zu fordern. Ich sage Ihnen: Die Situation, in der wir gerade stecken, ist auch die Folge davon, dass wir überproportional viel an Steuermehreinnahmen in den Bereich Umwelt und Soziales investiert haben. Wir haben nichts, aber auch gar nichts dafür getan, den

Leistungsträgern, nämlich den Steuerzahlern, in Form von Steuerermäßigungen etwas zurückzugeben. Jetzt werden Sie sagen: Was hat die Steuerpolitik mit den Kitas zu tun? – Antwort: Sehr viel. Frau Kollegin Rauscher, eine langfristig ausgerichtete Sozialpolitik muss zur Kenntnis nehmen, dass wir nur dann Geld für soziale Leistungen haben, wenn die Steuereinnahmen stimmen. Warum haben wir momentan Probleme im Bund, in den Ländern und in den Kommunen? – Weil die Steuereinnahmen stagnieren.

(Doris Rauscher (SPD): Ausrede!)

– Das hat nichts mit Ausrede zu tun. Das war Ihre katastrophal geführte Bundesregierung, die Deutschland an den wirtschaftlichen Abgrund geführt hat. Wenn Sie Zahlen lesen können, schauen Sie einmal, wie sich die Steuereinnahmen insbesondere in der Zeit der Ampel entwickelt haben. So ehrlich sollten Sie sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Eigentlich hatte ich gar nicht vor, Ihnen das vorzuhalten. Ich wollte nur Verständnis dafür wecken, dass die sozialen Ausgaben, die Ihnen sehr wichtig sind, davon abhängen, dass wir stabile, sprudelnde Steuereinnahmen haben. Das heißt, dass wir die Einnahmenseite in den Blick nehmen müssen. Frau Kollegin Rauscher, an dieser Stelle fehlt es leider. An dieser Stelle haben Sie kein Verständnis und keine Sensibilität, so wie Sie mir wahrscheinlich mangelnde Sensibilität im Sozialbereich vorwerfen werden. Ich sage es noch einmal: Stabile und gute Steuereinnahmen sind Bedingung dafür, dass man im Sozialbereich etwas tun kann.

Weil wir nicht in eine wirtschaftliche und finanzielle Schieflage kommen wollen, lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht Frau Kollegin Julia Post für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Julia Post (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Frau Staatsministerin! Ich muss noch ganz kurz etwas zum Kollegen von der AfD sagen. Mir ist ehrlich gesagt ziemlich schlecht geworden, als ich gehört habe, wie Ihr Bild von Kindern ist. Ich glaube, da hat jemand zu viel Johanna Haarer gelesen. Kinder brauchen Liebe, emotionale Sicherheit, Vertrauen und Zutrauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir reden über die Einrichtung eines Sonderinvestitionsprogramms für den Ausbau qualitativ hochwertiger Bildungs- und Betreuungsangebote. Chapeau im Hinblick auf den Titel und das Timing des Antrags, der ausgerechnet jetzt in dieser Woche im Plenum behandelt wird.

In diesem Land gibt es eine interessante Prioritätensetzung. Wenn es um Beton geht, dann ist immer Geld da, aber wenn es um Kinder geht, wird geknausert. Es gibt Milliarden für Straßen, Milliarden für Prestigeobjekte, Milliarden für Subventionen und Klientelpolitik. Aber bei Kitas soll es dann bei 60 % Refinanzierung bleiben. Für den Ausbau ist auch kein Geld mehr da. Bis zum Jahr 2028 wollen Sie 180.000 neue Plätze schaffen. Aber womit denn? Wo ist Ihre Strategie, mit der Sie Ihr Ziel auch erreichen wollen? Wo bleiben die Maßnahmen und die konkreten Taten?

Aktuell fehlen 70.000 Kitaplätze. Verlässliche Kitaplätze – wir haben es heute schon gehört – sind wichtig für unsere Chancengerechtigkeit, für das nächste Wirtschaftswunder, aber sie sind auch ein zentraler Faktor für Familienplanung und Kinderwunsch. Wir erleben derzeit einen massiven Rückgang der Geburtenrate. Wir alle wissen, wie es demografisch um unser Land bestellt ist. Wir müssen doch Paaren und Familien Sicherheit geben. Beruf und Familie müssen besser miteinander vereinbar werden. In Ihren Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene haben Sie auch plötzlich erkannt, dass man für viele Vorhaben, insbesondere wenn es um unsere Infrastruktur geht, Geld braucht. Die Union will plötzlich ein milliardenschweres Sondervermögen. Liebe Staatsregierung, wenn Sie schon dabei sind, Milliarden zu verteilen, dann doch

bitte auch in die Zukunft unseres Landes und nicht nur in die Vergangenheit. Wie ich die Staatsregierung kenne, werden Sie schon ein bisschen für Bayern abzweigen können.

Was bedeutet die aktuelle Kitafinanzierung? – Die Qualität leidet immer weiter. Träger haben keine Sicherheit. Erzieherinnen und Erzieher müssen unter noch schlechteren Bedingungen arbeiten. Chancengerechtigkeit bleibt eine bloße Wunschvorstellung. Was bedeutet eine gesicherte Finanzierung? – Wir bekommen bessere Betreuungsschlüssel. Sprachförderung findet nicht nur auf dem Papier statt. Jedes Kind in Bayern hat eine faire Chance auf gute frühkindliche Bildung, egal wo es lebt. Menschen, die gerne mit Kindern arbeiten, sollen auch wirklich Zeit und Kraft dafür haben. Das fordern die Kommunen. Das fordern die Träger. Das fordern alle Fachverbände. Das wünschen sich Familien in unserem Land. Sogar die Wirtschaft appelliert an Sie. Stattdessen gibt es in Bayern ein absurdes Finanzierungsmodell. Die Ausbauziele für Kitaplätze bleiben auch hinter den Bedarfen zurück. Jedes Jahr muss dieses Finanzierungsmodell neu verhandelt werden. Es ist undurchsichtig und niemand versteht, wie das funktioniert. Den Kitas fehlt die Planungssicherheit.

Good News: Hier in Bayern brauchen wir für all das keine Grundgesetzänderung. Es reicht, den grünen Haushaltsanträgen zum Kita-Rettungsschirm oder auch zur Kommunalmilliarde zuzustimmen – und heute diesem Antrag von der SPD.

Frauen sollen arbeiten, als hätten sie keine Kinder, und Kinder großziehen, als würden sie nicht arbeiten. Das ist in Bayern kein persönliches Unvermögen und erfordert einfach nur ein bisschen mehr Selbstoptimierung. Das ist politisch so gewollt. Damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend spricht die Staatsministerin Ulrike Scharf.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorneweg will ich es klar sagen: Dieser Antrag gibt noch mal die Gelegenheit, zu bilanzieren, was Bayern im Hinblick auf die Kinderbetreuungsplätze geschafft hat. Wir sind beim Ausbau wirklich gut vorangekommen. Wir haben unglaublich viel erreicht. Bayern hat in den letzten Jahren mehr getan als jedes andere Bundesland. Nachdem heute Abend mein Lieblingsverein spielt, lassen Sie es mich mal so formulieren: Bayern spielt bei der Kinderbetreuung in der Ersten Liga.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zahlen sprechen für sich. Herr Kollege Knoll hat sie in seinen Ausführungen auch dargestellt. Seit 2008 haben wir kräftig investiert, nämlich 1,9 Milliarden Euro, davon 1,2 Milliarden Euro aus Landesmitteln. Damit sind fast 150.000 neue Plätze für Kinder unter sechs Jahren geschaffen worden. Noch einmal zum Fußball: Das sind ungefähr zwei voll besetzte große Stadien.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, 99 % unserer Kinder befinden sich im letzten Jahr in der Kita. Fast alle Kinder haben einen Platz in der Kita. Sehen wir uns die Ergebnisse der letzten Legislatur an: Wir hatten geplant, 42.000 neue Kitaplätze zu schaffen. Tatsächlich wurden 74.000 Plätze plus rund 9.000 Plätze in den Horten umgesetzt. Damit können wir uns sehr gut sehen lassen. Das ist ein Erfolg und vor allem ein starkes Signal.

Wir in Bayern übernehmen die Verantwortung. Wir unterstützen vor allem unsere Kommunen. Damit werden wir nicht aufhören, sondern wir werden weitermachen. Unser Plan für diese Legislaturperiode lautet, noch einmal 50.000 Plätze im Kitabereich zu schaffen. Sehe ich mir unseren Koalitionsvertrag an, stelle ich fest, dass seit dem November 2023 bereits fast 14.000 neue Kitaplätze entstanden sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist kein Zufall, sondern das ist ein klarer Plan. Dahinter steckt eine Strategie. Man könnte sagen, dass wir in der Champions League der Kinderbetreuung spielen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die reguläre Förderung funktioniert. Im Bereich U6 ist die Förderung durch das Bayerische FAG weiterhin sichergestellt. Hier ist kein Durcheinander entstanden, und es hat auch keinen Fehlpass gegeben. Dort läuft alles nach Plan. Sehe ich mir den Kostenrichtwert und dessen Entwicklung an, kann ich nur feststellen: Dieser Kostenrichtwert ist zuletzt dreimal angehoben worden. Insgesamt wurde der Kostenrichtwert im FAG um rund 27 % angehoben. Im Jahr 2023 wurde er um fast 18 %, im Jahr 2024 noch einmal um rund 4,5 % und im Jahr 2025 noch einmal um 3,4 % angehoben. Das ist eine Anhebung von rund 27 % beim Kostenrichtwert im FAG. Damit werden die Kommunen beim Ausbau der Plätze für die Betreuung im Bereich U6 ganz klar unterstützt.

Klar ist, dass wir jetzt den nächsten Schritt vor uns haben. Wir müssen jetzt die Zahl der Ganztagsplätze für unsere Grundschulkinder ausbauen, um den Rechtsanspruch zu erfüllen. Dafür haben wir ein ganz klares Programm.

Liebe Frau Post, Sie behaupten, wir wären planlos und hätten kein Programm. Wir haben ein Programm. Wir stellen 6.000 Euro für jeden neuen Platz und zuzüglich eine Ausstattungspauschale von 1.500 Euro zur Verfügung. Dieses Geld ist abrufbar und steht den Kommunen zur Verfügung.

Ich möchte noch einen Blick nach Berlin wagen. Wir sprechen heute über ein Sondervermögen für Investitionen in die Infrastruktur. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich bedeutet das nicht nur Investitionen in Schiene, Straße und Beton. Das bedeutet auch Investitionen in Bildung, Betreuung und Zukunft. Ich glaube, davon können wir ausgehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben eine klare Linie wie beim Fußball: Wir müssen die Chancen nutzen, die Tore machen und den Meistertitel holen, damit wir weiterhin in der Champions League der Kinderbetreuung bleiben können. Ich freue mich darauf. Wir sind dahinter und brauchen diesen Antrag auf ein Sonderinvestitionsprogramm nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.